

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Abdruckrecht: Die Abdruckrechte vorbehalten für Anzeigen aus dem Umkreise des Erzgebirges, insbesondere für die Provinz Sachsen, die Provinz Preußen, die Provinz Pommern, die Provinz Schlesien und die Provinz Westfalen. — Druck: J. G. Neumann, Neudamm 11.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1996

Nr. 222

Mittwoch, den 21. September 1932

27. Jahrgang

# Festhalten an der Gleichberechtigungsforderung

## Entschiedene Ablehnung der englischen Note

Berlin, 19. Sept. In hiesigen zuständigen Kreisen sieht man in der englischen Denkschrift zur Abrüstungsfrage gegenüber den Äußerungen der englischen Öffentlichkeit in den letzten Tagen eine gewisse Schwankung. Man hätte eigentlich aus diesen Äußerungen einen mehr vermittelnden Ton erwarten können und eine Haltung, die mehr positiv dem deutschen Standpunkt zuneigen würde. Es dürfte schwer sein zu sagen, ob diese Schwankung Englands auf die angeleglichen Geheimdokumente Herriots zurückzuführen ist. Bei diesen angeleglichen Geheimdokumenten handelt es sich um alte Gabenspäker, denen wir mit aller Ruhe entgegensehen können.

Das politische Ziel der englischen Denkschrift ist, die Abrüstungskonferenz unter allen Umständen zu retten und dadurch positiv zu gestalten, daß man Deutschland zum Wiedereintritt in die Verhandlungen zu bewegen hofft. Im ersten Teil kommt die Denkschrift dem französischen Standpunkt weitest entgegen, während sie im zweiten Teil die Notwendigkeit der Gleichberechtigung anerkennt unter der Voraussetzung, daß keine Aufrüstung erfolge. Leider läßt die Denkschrift aber die Angaben vermissen, in welcher Weise diesem Standpunkt Rechnung getragen werden soll. Deutschland hat seinerzeit in seiner Denkschrift zur Gleichberechtigungsforderung hervorgehoben, daß eine Lösung nur in Frage kommen kann, in der keinerlei Sonderbestimmungen mehr Geltung haben. Angesichts der Tatsache, daß der deutsche Standpunkt in dem kürzlich erfolgten Schreiben an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson niedergelegt worden ist, an dem sich auch durch die englische Denkschrift nichts ändert, wird die deutsche Regierung hierauf keine Antwort erteilen. Deutschland wird, wie es angeündigt hat, die Verhandlungen des Bureau der Abrüstungskonferenz mit Aufmerksamkeit verfolgen und von dem weiteren Gang dieser Verhandlungen seine Entschlüsse abhängig machen.

Dem im ersten Teil der Note enthaltenen Hinweis, daß der deutsche Schritt in der Abrüstungsfrage angesichts der wirtschaftlichen Weltlage ungezeitgemäß sei, kann man nur als eigenartig bezeichnen. Ganz abgesehen davon, daß diese Feststellung in völliger Widerspruch zu Ziffer 6 der englischen Note steht, die die Frage der Gleichberechtigung als die Frage der Ehre und Würde einer Nation bezeichnet, ergibt sich aus verschiedenen Äußerungen und Berichten der Wirtschaftsführer der letzten Zeit, daß die Frage der Gleichberechtigung die Voraussetzung jeder wirtschaftlichen Gesundung ist. Die englische Note gibt selbst zu, daß Deutschland garnicht anders handeln konnte und die Frage der Gleichberechtigung jetzt nicht mutwillig vom Saun gerissen hat. Es kann im übrigen nur immer wieder betont werden, daß Deutschland seinen Standpunkt in der Abrüstungskonferenz schon seit Jahren klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht hat und daß es jetzt notwendig ist, diese Frage endlich zur Entscheidung zu bringen. Wenn England schließlich versucht, unter Bezugnahme auf Teil 5 des Versailler Vertrages einen Unterschied zwischen Zweck und Ziel einer vertraglichen Abmachung zu konstruieren, so kann dies nur als eine spitzfindige Auslegung der Präambel des Teiles 5 des Versailler Vertrages bezeichnet werden.

### Keine deutsche Antwort

Berlin, 19. Sept. Eine schriftliche Beantwortung der englischen Note durch die deutsche Regierung ist vor allem deshalb nicht mehr vorgesehen, weil die Genfer Verhandlungen des Abrüstungsbüros unmittelbar bevorstehen, bei denen, wie man in Berlin annimmt, England den Mittler zu spielen versuchen wird. Das Reichskabinett wird sich mit einer Antwort auf die Note auch gar nicht beschäftigen, zumal Reichsaußenminister Freiherr von Neurath bereits von Berlin zur Tagung des Völkerbundesrats abgereist ist. Auf seiner Reise nach Genf macht der Reichsaußenminister allerdings noch in Süddeutschland Station.

### Herriot hat nichts hinzuzufügen

Paris, 19. Sept. Ministerpräsident Herriot erklärte am Montag den Vertretern der französischen Presse, daß er vorläufig dem Wortlaut des vom „Foreign Office“ veröffentlichten Standpunktes der englischen Regierung zur deutschen Forderung auf Gleichberechtigung nichts hinzuzufügen habe.

### Berliner Blätterstimmen

Berlin, 19. September. In einer ganzen Reihe Berliner Abendblätter wird zu der englischen Abrüstungsdenkschrift eine scharfe Stellung genommen. Die „Germania“ führt aus: Wenn die

englische Regierung glaubt, uns mit dieser Methode an den Genfer Konferenzstisch zurückzwingen zu können, so täuscht sie sich über die Ernsthaftigkeit des deutschen Gleichberechtigungswillens und der Diktandenerklärung, der sie eben die Tat gefolgt ist. Der Kompromißvorschlag, den man von englischer Seite erwartete, stellt sich in Wahrheit als eine volle Unterstützung des französischen Standpunktes dar.

Das „Berliner Tageblatt“ unterstreicht seinen Standpunkt, daß es hinter der Reichsregierung steht, wenn sie die Anerkennung einer Gleichberechtigung und eine wirklich effektive allgemeine Abrüstung verlangt. Mit dem tatsächlichen Vorgehen des Reichskabinetts haben das Blatt sich nicht zu befreunden vermocht. Es warne vor der Hoffnung auf englisch-französische Gegenläufe.

Die „Vollstreckung“ meint, daß die Anerkennung des akademischen Rechts auf Rüstungsgleichheit wenig bedeutet, wenn sie in so verkaulterter Form zugesandt werde. Deutschland wolle für sich keine Aufrüstung, aber es dürfe verlangen, daß mit der Abrüstung der anderen angefangen werde.

Der „Abend“ mocht der Reichsregierung den Vorwurf, daß sie sich in eine Position gedrückt habe. Für Deutschland schwinde jede Hoffnung, im Streit um die Rüstungen Englands gegen Frankreich auszuspielen.

Der „Angriff“ meint, so bedauerlich für Deutschland diese schwache Abgabe der englischen Regierung sei, so folgerichtig sei sie vom englischen Standpunkt für die gegenwärtige Regierung. Es sei nur eine logische Forderung, wenn verlangt werde, daß sie daraus die unmittelbaren Konsequenzen ziehen und einen wirklich nationalen Vorkurs machen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet den Schulmeisterlichen und ironisierenden Ton der Note als unerträglich. Unter Hinweis auf die Herriot-Rede sagt das Blatt, das Ausland ziehe die Reaktionen unserer Anekdote aus der Kammer hervor und wirke mit ihnen nach Deutschland herüber. Auch die britische Rüstung sei von einem Geiste getragen, der in vollstem Widerspruch zu den Kundgebungen der öffentlichen Meinung Englands und zu den Versprechungen führender britischer Staatsmänner stehe. Das sei eine Methode, die fortzusetzen wir dem englischen Auswärtigen Amte nicht mehr gestatten dürfen.

### Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 19. Sept. Das Reichskabinett ist gegen 5 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, in der die Fragen der Kontingentierung und der Zinsherabsetzung weiter behandelt werden. In politischen Kreisen nimmt man nicht an, daß heute schon etwas Endgültiges bekanntgegeben wird, zumal in der Frage der landwirtschaftlichen Kontingentierung sich der Reichsernährungsminister die Bekanntheit der Einzelheiten für seine Rede auf der Münchener Bauerntagung vorbehalten dürfte. Natürlich wird in der Kabinettsitzung auch die außenpolitische Lage besprochen, die durch die englische Note gegeben ist. An dem deutschen Standpunkt wird jedoch nichts geändert werden. Schließlich berichtet der Kanzler im Kabinett auch noch über die innerpolitischen Vorfälle, die er heute vormittag und heute nachmittag gehabt hat.

### Ein Wahlausruf der Reichsregierung

Berlin, 20. Sept. „Börsezeitung“ und „D.M.Z.“ berichten, daß die Reichsregierung in ihrer gestrigen Kabinettsitzung die Veröffentlichung eines Wahlausrufes beschlossen habe, der die offizielle Stellungnahme zum Wahlkampf enthält und noch einmal die Gründe unterzeihen soll, aus denen heraus die Reichsregierung den Entschluß zur Reichstagsauflösung und zur Ausschreibung von Neuwahlen faßte. Der Ausruf werde ferner die Mahnung an die Parteien richten, den Wahlkampf mit größter Zurückhaltung und unter Wahrung der Ordnung und Ruhe zu führen. Nur unter dieser Voraussetzung sei ein planmäßiger Ablauf der Wahlen gewährleistet.

### Landtagspräsident Kerri beim Reichspräsidenten

Berlin, 19. Sept. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute vormittag im Beisein des Reichskanzlers v. Papen den Präsidenten des Preussischen Landtages, Kerri, welcher dem Reichspräsidenten anhand einer gleichzeitig überreichten Aufzeichnung die Auffassung des Preussischen Landtages über die Einsetzung eines Reichskommissars und des von diesem bisher geübten Verfahrens darlegte.

### Gemeindewahlen in Preußen am 6. November

Der Gemeindevorschau des preussischen Landtages hat am Montag einen nationalsozialistischen Antrag mit den Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten angenom-

Der „Berliner Lokalanzeiger“ spricht von „überwichtigen, juristischen Tatsachen“ und einer „Radikalität seines Votums würdig“, die doch etwas überraschend sei in einem amtlichen englischen Schriftstück.

Es müsse ausgeschlossen sein, sagt die „Deutsche Tageszeitung“, daß wir uns durch eine Note, die satzreich und logisch vermisst lasse, an unserem historischen Kampfe zur Gleichberechtigung hindern lassen, dessen Berechtigung selbst in der englischen Note gegeben werde. Die Regierung müsse diesen Einmischungsversuchen mit Würde und Festigkeit begegnen und ihren Weg ruhig und stetig, aber ohne unnötige Gekken und Reden fortsetzen.

Die „Börsezeitung“ fordert ebenfalls, daß für zu sorgen, daß die ausländischen Spekulationen auf die deutsche Zwietracht sich nicht erfüllen.

### Amerika teilt den englischen Standpunkt

New York, 19. Sept. Die Antwort Englands auf die deutschen Rüstungsforderungen begegnet keiner Überraschung, denn niemals haben hier Zweifel darüber bestanden, daß England in der Rüstungsfrage den Franzosen sekundieren würde. Das Staatsdepartement selbst sympathisiert, dafür sprechen alle Äußerungen, völlig mit dem Charakter der englischen Note, ja, es ist wahrscheinlich, daß Mellon und Senator Reed in ihrer kürzlichen Konferenz mit dem englischen Außenminister Simson darüber Stellung genommen haben. Das Staatsdepartement wird sich nicht offiziell zu diesem Standpunkt bekennen. Staatssekretär Simson, dem der britische Geschäftsträger eine Abschrift des Memorandums am Sonntag zustellte, hat bereits erklärt, die Note bedürfe keiner Antwort, da Amerikas Einstellung zum Rüstungsproblem wohl bekannt sei. In Regierungskreisen werden jetzt bereits Befürchtungen laut, daß die Abrüstungskonferenz scheitern könnte, und es kommen ernsthafte Zweifel auf, ob die Delegation der Vereinten Staaten überhaupt nach Genf zurückkehren werde.

men, nach dem die Vertretungen der preussischen Gemeinden und Gemeindeverbänden am 6. November, also zusammen mit den Reichstagswahlen, neu gewählt werden sollen.

### Privatdiskont 4 Prozent

Berlin, 19. Sept. Der Privatdiskont wurde um 1/2 Prozent auf 4 Prozent in der Mitte ermäßigt.

### Weitere Diskontsenkung in Sicht

Berlin, 20. Sept. Wie die B.W.-Handelsblättler erfährt, ist der Zentralausschuß der Reichsbank auf morgen (den 21. September) 11 Uhr einberufen. Wie wir hierzu aus Bankkreisen hören, dürfte nach Aufhebung der Diskontbindung die Frage einer Diskontsenkung um 1 Prozent erörtert werden.

### Verordnung des Reichspräsidenten zur Änderung des Reichsbankgesetzes

Berlin, 19. Sept. Der Reichspräsident erläßt auf Grund des Artikels 48 eine Verordnung, durch die Bestimmung des § 29 des Reichsbankgesetzes, wonach der Diskontsatz bei Unterschreitung der 40prozentigen Deckungsgrenze nicht unter 5 Prozent gesenkt werden darf, zunächst für die Dauer von zwei Jahren außer Kraft gesetzt wird. Damit erhält also die Reichsbank volle freie Verfügung über ihre Diskontpolitik. Die Verordnung wird heute bereits im Reichsanzeiger veröffentlicht. Sie besteht aus zwei Paragraphen, sie lauten: § 1. Die Vorschrift des § 29 Abs. 3 des Bankgesetzes bleibt für die Zeit bis zum 30. September 1934 außer Anwendung. § 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Die Verordnung trägt den Namen des Reichspräsidenten, auch die Unterschriften des Reichskanzlers, des Reichsinnenministers, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsfinanzministers.

### Reichshilfe für Halle

Halle, 19. Sept. Die Stadt Halle hat als erste Stadtgemeinde vom Reichsfinanzministerium eine Reichshilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten erhalten. Für die Monate September und Oktober werden je 231.342,50 Reichsmark Reichshilfe gewährt. Diese Summe errechnet sich nach dem Verhältnis der Wohlfahrtsdienstleistungen zur Zahl der Einwohner nach dem Stand vom 31. Juli.

### Die schwedische Regierung zurückgetreten

Stockholm, 19. Sept. Die Regierung Hamrin hat heute im Kronrat dem König ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der König hat die Demission angenommen.